

Allgemeine Finanzsituation

Auswirkungen der Finanzkrise

Antizyklisches Verhalten – Lob Bundesregierung

Konjunkturpaket war richtig

Öffentliche HH haben investiert, als anderswo die Aufträge fehlten

Muss man mir mal erklären, warum Investitionen wie S21 oder Stadt an den Fluss nun in diesem Lichte nicht mehr sinnvoll

Investitionen in Infrastruktur waren stets richtig, zukunftsweisend und Standortsichernd

Warum dies nicht mehr gelten soll und nun die Gegner durch Stadt und Land ziehen und die Kulturausgaben als das allein Seeligmachende propagieren, ist mir schleierhaft

Harte Standortfaktoren, eine gute Infrastruktur bleiben harte Standortfaktoren

Weiche bleiben weich, sind diffus und im Zweifel nur ungenau nachvollziehbar

Deutschland hat genau wegen solcher Investitionen die Krise gut gemeistert. Das wäre doch einmal der Erwähnung wert und einen Applaus an die Bundesregierung. Aber dazu ist man bei den S Parteien zu stolz, stattdessen mäkelte man herum und diskutiert ob Hartz iv nun um 5,57 Euro oder 11,20 Euro erhöht werden soll.

Dazu sage ich: Reichtum kommt aus der Wertschöpfung und nicht aus der Umverteilung – meine D+H

Nun - Während sich die Wirtschaft in Deutschland erholt und Deutschland, wie kein anderes Land weltweit aus der Krise gestärkt hervorgeht – kommen die Auswirkungen der Finanzkrise nun mit einer Verzögerung von 2 bis 3 Jahren bei den Kommunen an.

So ist der finanzielle Spielraum bescheiden geworden, wenn nicht mikroskopisch fast unmerklich.

Der OB und die Stadtverwaltung haben dem Rechnung getragen und der HH ist davon geprägt. Nach der Auflösung der Rückstellungen und der schmerzlichen Erhöhung von Steuern und Gebühren verbleibt immer noch eine kaum zu überbrückende Kluft zu einem finanztechnisch nachhaltigem HH, der auch dem Vermögensverzehr Rechnung trägt in dem er Zinsen und Abschreibungen ausgleicht.

So bleibt an dieser Stelle zunächst ein Dank an OB und Kämmereiamt für die Mühe der Erarbeitung dieses Entwurfes. Er ist von folgenden Rahmenbedingungen geprägt

Erhöhung von Steuern und Gebühren

Beibehaltung der ehrgeizigen Ziele in den Bereichen Soziales und Familie – nämlich der Kinderbetreuung, des Kita Ausbaus, der Schulträgerschaft , der Integration und der Senioren- und Familienpolitik

Auch hier könnte man einmal applaudieren und das Erreichte lobend erwähnen. Aber stattdessen beordert man seine Abgeordneten nach Stuttgart und Berlin um dort für Verwirrung zu sorgen und die Zahlen und Statistiken anzuzweifeln – für mich ein unerhörter Vorgang, der sich nicht mit dem Gelöbnis „Suche der Stadt bestes“ in Einklang bringen lässt.

Statt immer nur von Sozialpolitik zu reden, wie es die Parteien mit dem S und dem G so gerne tun, hat diese Stadt unter Leitung von OB Würzner gehandelt und beispielloses geleistet. Das hat viel Geld gekostet und kostet auch noch viel. Hierfür an dieser Stelle noch einmal unser Dank.

Da diese Bereiche nun weitgehend von den notwendigen Kürzungen ausgenommen sind, und ein kommunaler HH in vielen Bereichen nicht veränderbar ist, verbleiben nur wenige andere Sektoren um den Einnahmeverlust von 50 Mio Jährlich auszugleichen.

So sind die Vorgaben des HH Planentwurfes

Eine 10% Kürzung der freiwilligen Ausgaben und Projekte und der Kultur

Sowie eine fast 25% ige Einsparung bei den Verwaltungsausgaben selber

Ein besonderer Dank an dieser Stelle an alle Beschäftigten, die Amtsleiter und Dezernenten die diesen Weg mit gehen – der Löwenanteil der Einsparungen wird von ihnen gemeinsam getragen – auch, wenn es schmerzt.

So verbleibt für die Fraktionen eigentlich gar kein Spielraum für Veränderungen , wir von der CDU wollen den Weg des OB mit gehen und schlagen daher auch nur wenige Veränderungen vor, die im Saldo ca. 320 TE für Erhöhungen an Zuschüssen und Projekte ausmachen, die ausschliesslich im sozialen und im Bildungssektor angesiedelt sind. Von diesen meinen wir, dass die große Stadt diese noch verkraften kann aber die vorgesehenen HH-Ansätze für die Projekte existenzbedrohend werden können.

Ursachen sind hier oft auch unglückliche Verquickungen von mehreren Fördertöpfen oder der Wegfall sogenannter Anschubfinanzierungen. Hier sehen wir Handlungsbedarf, einmal ausserhalb der HH Beratungen, politisch tätig zu werden, und ESF, Landes oder Bundesmittel zu verstetigen und in gesicherte Förderungen um zu wandeln. Wir sehen wenig Sinn darin, seitens Bund und EU ständig neue Projekte an zu schubsen , von denen im Vornherein klar ist, dass diese, weil auf Gemeinschaft angewiesen, nie alleine laufen können.

So beantragen wir in den Bereichen Soziales, Integration und Chancengleichheit Erhöhungen für BibeZ, Stazzione, Frauennotruf, Frauen helfen Frauen, Pro Familia und Caritas, sowie die Mittelbereitstellung für ein Interkulturelles Zentrum. Wenn man es ernst meint mit diesen Projekten, so muss man die Förderung auch sichern. Außerdem innerhalb der Stadtverwaltung eine Erhöhung des Ansatzes für die Seniorenarbeit.

Ein besonderes Anliegen ist für uns der Beginn der Förderung für die diakonischen Hausgemeinschaften. Hier ein Beispiel für eine auslaufende Anschubfinanzierung des Bundes. Die Leistungen dieser kleinen Gemeinschaft für die Stadt sind nicht in Euro zu beziffern, daher schlagen wir auch vor, Konzepte für die Errichtung von Quartiers-, Nachbarschafts- oder Familienzentren nach dem Vorbild der Mehrgenerationenhäuser als Arbeitsziel für die Verwaltung in den HH aufzunehmen.

Im Bereich Bildung möchten wir keine Kürzung bei der VHS und der Jugendkunstschule und beantragen außerhalb des HH und HH-neutral die Einführung einer rollierenden Schulsanierung, die außerhalb der großen Sanierungsmaßnahmen für eine stetige Verbesserung der Raumsituation an unseren Schulen sorgen soll.

Als teilweise Deckung für diese Erhöhungen schlagen wir, wenn auch ungerne und nicht einstimmig, Einsparungen bei den Städtepartnerschaften, sowie für die Einrichtungen, Zungenschlag, Bachverein oder das Schülerfriedensbüro vor. Der Rest wird wohl in den sächlichen Verwaltungsausgaben zu suchen sein.

Innerhalb der Verwaltung schlagen wir die Aufwertung und echte Einrichtung eines Europa Büros vor. Dies kann unserer Meinung nach Aufwandsneutral gestaltet werden und hätte im Nachgang noch den Vorteil, dass europäische Fördermittel auch in die Stadt kommen

Ferner die Erhöhung des Ansatzes für das Mobilitätsmanagement. Verkehr ist immer noch das gefühlte Hauptproblem in dieser Stadt, davor kann man die Augen nicht verschließen.

...und natürlich beantragen wir, aus den Restmitteln des Neckarufertunnels, einen Posten für die Begleitung des Bürgerbeteiligungsverfahrens und der Variantenprüfung „Stadt an den Fluss“. Ich möchte hier nicht in die Sachdiskussion einsteigen, aber man kann doch nicht solch ein Projekt, welches für die Bürger dieser Stadt das größte Geschenk wäre, so einfach aus einseitig verkehrsideologischer Sicht via HH-Beschluss einfach so begraben. Wie wollen Sie das rechtfertigen?

Ich kann mir abschließend sogar vorstellen, dass der eine oder andere Gemeinderat von der Behandlung dieses Punktes, seine Zustimmung zum Haushalt abhängig machen wird.